



Wolfgang Kil

Grenzen des Marktes

Städte sind kollektive Veranstaltungen zum Nutzen der vielen einzelnen Bürger. Ihre immer differenzierter entwickelte Organisationsform erspart es dem städtischen Individuum, sich permanent als Überlebenskämpfer in feindlicher Gegend behaupten zu müssen. Gerade damit sind Städte Ausdruck jener unendlich schätzenswerten Errungenschaft namens Zivilisation.

Zumindest in den „reifen“ Städten Westeuropas scheint, nach Phasen stürmischen Wachstums und anhaltender Prosperität, diese elementare Schutzfunktion des Urbanen zunehmend in Vergessenheit zu geraten. Durch leichtfertige Fiskalpolitik wurden immer mehr Städte derart in Bedrängnis gebracht, dass man am Rande akuter Zahlungs- und damit Handlungsunfähigkeit meint, nur noch privates Engagement zur Wahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge aktivieren zu können. Wir sind nicht mehr weit davon entfernt, die Privatisierung vormals öffentlicher Dienste und Pflichten zum puren Selbstzweck zu erheben – nach dem Motto, dass Welt nur als persönliches Eigentum gut und vernünftig sei.

Jeder Blick auf die städtische Wirklichkeit der letzten zwei Jahrzehnte zeigt allerdings, dass entlang dieser Argumentation der kürzeste Weg in immer tiefere soziale Spaltung führt. Solange prosperierende Gesellschaften derartige Segregationsprozesse ohne krisenhafte Zuspitzungen auffangen können, fällt es schwer, jener zeitgeistigen Idee von den Vorzügen privater Versorgung und Wohlfahrtspflege ohne Ansehensverlust entgegenzutreten. Doch die Schutzfunktion kommunaler Leistungs- und Ordnungsrahmen bringt sich sofort wieder in Erinnerung, sobald Städte nicht nur einfach „gute Zeiten, schlechte Zeiten“ auszubalancieren haben, sondern sich tatsächlich vor Existenzfragen gestellt sehen. Dies war nach allen Katastrophen und Schicksalseinbrüchen des letzten Jahrhunderts so, ob Weltwirtschaftskrise, Krieg, Jahrhundertfluten etc.

Und es zeigt sich prompt in der Krise der schrumpfenden Städte Ostdeutschlands. „Die Probleme wachsen schneller, als die Lösungen wirken“, war auf dem 3. Leerstandskongress in Halle/Saale zu hören gewesen. Bei einem durchschnittlichen Leerstand von fast 16 Prozent in allen seinen Mitgliedsunternehmen-Ost (Ende 2002) kam GdW-Präsident Lutz Freitag nicht mehr umhin, ein „Marktversagen“ zu konstatieren, welches inzwischen nur noch durch eine Intervention der Politik, genauer: durch gesetzgeberische Maßnahmen wieder eingelenkt werden könne. Auch am – jeglicher Dissidenz unverdächtigen – Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) kann man sich angesichts des Problemdrucks schrumpfender Städte der Einsicht nicht erwehren, hier müsse „zumindest ergänzend auf andere als Marktressourcen gesonnen werden“.

Allerdings empfiehlt es sich, das Problem der vom Leerstand gebeutelten Städte nicht nur als „Sonderfall Ost“ zu betrachten. Zwischen Schwerin und Zittau lässt sich generell einiges lernen über das Schicksal von Regionen, die im gefürchteten Status der „funktionalen Irrelevanz“ (Manuel Castells) angekommen, d. h. für eine globalisierte Wirtschaft uninteressant geworden sind: Die Entfernung der ostelbischen Tiefebene zu den

prosperierenden westeuropäischen Produktions- und Innovationszentren, zur „Blauen Banane“ von Rotterdam rheinabwärts bis ans Mittelmeer, ist offenbar zu groß. Andererseits reicht dank radikaler Marktöffnung die Binnennachfrage für rentable heimische Produktionen nicht aus. Das Resultat: Marktmechanismen fallen als Stabilisierungsfaktoren zunehmend aus, denn allein an Kaufkraft und Umsatz gemessen, verlieren Landschaften und Orte mit abnehmender Kundendichte jede Attraktivität. Also beginnen die betroffenen Regionen regelrecht zu verdorren: Erst schließen Bahnhöfe, Bank- und Postfilialen, dann Kitas und Schulen, schließlich Arztpraxen und Supermärkte. Der öffentliche Nahverkehr wird so lange ausgedünnt, bis sein gänzlich Verschwinden kaum noch jemand auffällt. Wenn die letzte Kneipe aufgibt, bricht erfahrungsgemäß alle bis dahin noch aktivierbare soziale Zusammenhalt auseinander.

Aber es sind nicht nur heruntergelassene Rollläden, zugemauerte Bahnhöfe oder verfallende Bushaltestellen, die als Indizien der Schrumpfung vom Desinteresse des Marktes künden. Sinkende Steuer- und Transfereinnahmen reißen immer katastrophalere Löcher in die öffentlichen Budgets. 3.000 Euro pro Jahr gehen einer Kommune mit jedem Abwandernden verloren – in Hoyerswerda etwa, wo alljährlich 1.500 bis 2.000 Einwohner abwandern, macht allein dieser Exodus die Stadtkasse Jahr für Jahr um zweieinhalb bis dreieinhalb Millionen Euro ärmer. Irgendwann unterschreitet eine Bevölkerungszahl die magische Grenze – dann werden aus Großstädten plötzlich Mittelzentren, mit entsprechend geringerer Zuweisung. Und während betriebswirtschaftliche Logik gebietet, an „abrutschenden“ Standorten schlecht ausgelastete Theater, Kinos, Orchester, Jugendclubs zu schließen und Sozialprojekten die Förderung zu streichen, wird deren integrierende und kulturell ausgleichende Funktion umso dringender gebraucht, je weiter sich die sozialen Netze ausdünnen.

Inzwischen weiß jeder Kämmerer, dass allenfalls wachsende Städte überhaupt eine Aussicht auf „sozial faire“ Kostensenkungen bieten. Schrumpfende Städte werden immer teurer, je mehr sie sich entleeren. Und diese Gelder werden von niemandem einzuwerben oder anderweitig zu „verdienen“ sein. Sie bleiben Aufgabe der öffentlichen Hand. Oder man überlässt die betroffenen Kommunen bzw. Regionen ihrem Schicksal, mit allen Risiken dann zu erwartender Verwilderung – wobei da nicht so sehr an die Vegetation, als an die sozialen Zustände gedacht sein soll.

Beim Weggang immer größerer Bevölkerungsgruppen spitzt sich das Problem schließlich in noch nie da gewesener Schärfe zu: Gerade weil es nicht allein die Großsiedlungen sind, die verlassen werden, steht mancherorts schon unser Ideal der historisch gewachsenen Stadt zur Disposition. Damit jedoch ist letztlich der *Kulturbegriff* unserer Gesellschaft infrage gestellt: Stadtbildpflege ersetzt kein tragfähiges Wirtschaftskonzept. Von Schönheit allein kann vielleicht Venedig leben. Wer soll die zahllosen Sehenswürdigkeiten hierzulande auf Dauer unterhalten? Auch die Abschreibungsquoten früherer Boomjahre laufen irgendwann aus, die Uhren des Verfalls ticken jedoch unbarmherzig, und die Liste schutzbedürftiger Orte verlängert sich Jahr

um Jahr. In Wolfen, Schwedt oder Bremen-Osterholz wühlen umstandslos die Abrissbagger. Doch auf Kamenz, Görlitz, Sangerhausen, Torgau, Luckau oder Altenburg verzichten? Nicht auszudenken! Ergo: Wenn unsere immer noch reiche Gesellschaft ihre „funktional irrelevant“ gewordenen baulichen und kulturellen Bestände weiterhin verfügbar halten will, kann sie diese nicht ausschließlich unter Renditeperspektive betrachten. Dann muss sie deren kulturelle In-Wert-Haltung als politische Großaufgabe formulieren. Dazu wird man sich über entsprechende Wertbegriffe verständigen müssen. Angemessene Kostenrahmen und realistische Finanzierungswege sind in komplizierten Konsensprozessen zu ermitteln. Privates Engagement wird hierzu jederzeit und allerorten höchst willkommen sein. Doch wer dieses zur letzten noch verbleibenden Ressource erklärt, hat die Mehrzahl der infrage stehenden Orte und Objekte schon abgeschrieben.

Das ist es, was wir am Beispiel Ostdeutschlands lernen sollten: Schrumpfungsbereichen dürfen auf den „Markt“ nicht allzu innig hoffen. Sie als Kulturlandschaften zu erhalten, wird nach dessen reiner Lehre nicht gelingen. Auch wenn neoliberaler Zeitgeist nicht müde wird, auf dem Gegenteil zu insistieren: Sowohl als Planungsleitbild wie als kommunale Entwicklungsstrategie bleibt der Abschied vom Wachstum ein politisches Projekt.



Wolfgang Kil

Freier Architekturkritiker und Publizist

Zu diesem Heft

Das Schrumpfen von Städten und Stadtregionen und die damit verbundenen Herausforderungen werden die Stadtentwicklungspolitik der kommenden Jahrzehnte beschäftigen. Der vhw unterstützt den Stadtumbauprozess nicht nur durch seine eigene Forschungs- und Beratungsarbeit, sondern bietet mit dem Forum Wohneigentum darüber hinaus eine Plattform, auf der Experten aus Politik, Wissenschaft, Planung und Immobilienwirtschaft ihre aktuelle Arbeit und Forschung in diesem Themenfeld präsentieren und diskutieren.

Die zurückliegenden Ausgaben dieses Jahres thematisierten insbesondere Ursachen und städtebauliche sowie infrastrukturelle Konsequenzen der Schrumpfung und die Möglichkeiten eines nachfrageorientierten Stadtumbaus. Nach einem Rückblick auf den diesjährigen vhw-Verbandstag stellt dieses Heft soziale Implikationen der Schrumpfung in den Fokus. Die Polarisierung von Lebenslagen und Lebensformen der Bevölkerung, erkennbar an einem Anwachsen der sozialen, ethnischen und demographischen Segregation – also der ungleichen räumlichen Verteilung von Bevölkerungsgruppen – steht dabei im Mittelpunkt der Fachbeiträge. (Tw)